

|      |         |                                                                                                                                              |  |
|------|---------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| 6.6. | 06/0097 | Auswirkungen der millionenschweren Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich der Landesregierung NRW<br>(Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.02.06) |  |
|------|---------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

Auf Bitte von Herrn Knülle verlas Herr Seigfried das Antwortschreiben der Verwaltung.

Anschließend beantwortete Herr Seigfried eine Nachfrage von Herrn Knülle dahingehend, dass bei tatsächlicher Kürzung des Landeszuschusses eine Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss erfolge. Hier müsse sodann beraten werden, wie eine solche Kürzung aufgefangen werden könne, da die Verpflichtung bestehe, die freiwilligen Ausgaben nicht zu erhöhen.

Aufgrund der Brisanz der Thematik beantragte Herr Knülle nach § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung für die SPD-Fraktion, die Angelegenheit zur Tagesordnung zu nehmen und zu beraten.

Dem Vorschlag der CDU-Fraktion, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur Tagesordnung zu nehmen, konnte sich Herr Knülle nicht anschließen.

Frau Jung führte aus, dass eine qualifizierte Beratung eine vorherige Beschäftigung mit dieser Thematik bedinge. Dies sei hier nicht gegeben.

Herr Köhler unterstützte den Antrag von Herrn Knülle, da im Rahmen eines Tagesordnungspunkte eine Diskussion in der Sache möglich sei, die im Bereich der Anfragen und Mitteilung nicht erfolgen könne.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag von Herrn Knülle abstimmen:

**mehrheitlich abgelehnt**